JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN



TELEGRAMM-ADRESSE: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 13	14. Februar 1919	י"ד אדר א' תרע"ט	Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Von der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern.

Bei der Diskussion über den Völkerbund in der Vormittagssitzung vom 6. Februar wendet sich *Kossowski* (Polen), Vertreter des polnischen allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes, im Namen der Leiden der in dieser Organisation vertretenen jüdischen Arbeiter, gegen die Antisemiten aller Länder, fordert durch den Völkerbund die Sicherstellung der Lebensrechte des an vielen Orten mißhandelten jüdischen Volkes und protestiert besonders auch gegen die *judenfeindliche Haltung der polnischen Sozialdemokratie.*

Cohn (Palästina) stellt im Sinne der gestrigen Ausführungen seines Kollegen *Locker* zur Völkerbundsresolution folgenden *Zusatzantrag:* Der Völkerbund darf nicht bloß ein Bund der Staaten sein, sondern ein wahrer Bund der Völker, in dem auch die schwachen Nationen und insbesondere die nicht staatlich organisierten Nationen und in fremden Staaten lebenden Nationsteile einen Schutz und wirksame Stütze finden sollen. Zu diesem Zweck wird beim Völkerbund ein Gerichtshof für nationale Angelegenheiten errichtet. In die Kompetenz dieses Gerichtshofes fallen alle Fälle der Unterdrückung des nationalen Bekenntnisses, der nationalen Kultur, Sprache, Schule usw.; aber auch alle Fälle der *Schmälerung der staatsbürgerlichen Rechte, wirtschaftliche Bedrückung und Verfolgung aus nationalen Motiven.*

Huysmans (Belgien) befürwortet einen Zusatzantrag zu der gestern eingebrachten Völkerbundsresolution durch den ausdrücklich festgestellt werden soll, daß durch den Völkerbund nicht allein die Rechte der Staaten, sondern *alle Nationalitäten* geschützt werden sollen.

Präsident *Branting* teilt mit, daß, da der Zusatzantrag *Cohn* über den Schutz der Nationalitäten sich mit dem Zusatz *Huysmans* deckt, *der erstere seinen Antrag zurückgezogen habe.*

In der Sitzung vom 7. Februar unterbreitet *Locker* (Palästina) der Konferenz einen Antrag zur jüdischen Frage der im wesentlichen besagt:

Die Konferenz anerkennt den internationalen Charakter der Judenfrage und fordert in Anwendung der allgemeinen Grundgesetze des Selbstbestimmungsrechtes ihre Regelung auf folgender Grundlage:

1. Völlige bürgerliche *Gleichberechtigung* in allen Ländern. Internationalen Schutz gegen Verfolgungen und wirtschaftliche Bedrückung.

2. Freiheit der Einwanderung und Ansiedlung in allen Ländern.

3. Nationale Selbstverwaltung und nationale Gleichberechtigung.

4. Anerkennung des Rechtes des jüdischen Volkes auf Errichtung einer *nationalen Heimstätte in Palästina* unter dem Schutze des Völkerbundes. — Die Konferenz gibt ihrer tiefsten *Empörung* Ausdruck gegen die in den letzten Monaten stattgefundenen entsetzlichen *Pogrome.* Sie fordert die Arbeiterklasse auf gegen diesen Ausdruck des Antisemitismus und Chauvinismus anzukämpfen. Endlich fordert die Resolution die Regelung der Judenfrage in *Rumänien* auf der Grundlage: sofortige uneingeschränkte und ausnahmslose Naturalisierung aller Juden in Rumänien.

Longuet (Frankreich) protestiert im Namen der *jüdischen Bevölkerung in Rumänien,* die an der Konferenz nicht vertreten ist, auf das energischste dagegen, daß dort eine Million Menschen aufs schlimmste geknebelt wird.

In der Sitzung vom 8. Februar erklärte *Mistral* (Frankreich) als Kommissionsberichterstatter in seinem Schlußwort, daß die Kommission zu der Hauptresolution eine Anzahl von Nebenresolutionen zu den einzelnen Fragen, wie z. B. *der jüdischen Frage* entsprechend den vorgetragenen Wünschen redigiert habe, die nach Annahme der Gesamtresolution gesondert zur Abstimmung gelangen sollen.

Kurski (Polen) Vertreter der jüdisch-polnischen Organisationen kritisiert an der Charte die Regelung der *Sonntagsruhe* und beantragt, daß an Stelle der geforderten Sonntagsruhe allgemein in der Woche eine 36-stündige ununterbrochene Ruhepause verlangt werde mit Rücksicht auf die jüdische Arbeiterschaft. *Die Fixierung des Tages soll den einzelnen Ländern überlassen werden.*

Ferner beantragt er, jegliche einschränkende Bestimmung mit Bezug auf das Recht der *Einwanderung* fallen zu lassen, eine Forderung, die unterstützt wird von *Chasanowitsch* (Palästina), der im weiteren einen Zusatzantrag stellt, durch den die mit Rücksicht auf die

wirtschaftlichen Depressionen eines Landes von einem Lande getroffenen Einschränkungen in der Einwanderung der Kontrolle durch den Völkerbund zu unterliegen haben.

In der Sitzung vom 9. Februar erklärt *Mistral* (Frankreich) als Kommissionsberichterstatter, daß von der Konferenz nur ein Beschluß gefaßt werden soll über die allgemeinen Prinzipien und daß die von den Vertretern verschiedener Nationalitäten eingebrachten besonderen Resolutionen nicht zur Abstimmung kommen sollen. Daß die Forderungen der Armenier, Litauer, Ukrainer usw. gerechtfertigt sind, darüber herrscht kein Zweifel, *ebensowenig über die Forderungen der Juden.* Um zu einem einstimmigen Beschluß zu gelangen, und mit Rücksicht darauf, daß eine Reihe der vorgebrachten Wünsche noch einer näheren Prüfung bedürfe, bittet die Kommission, diese Sonderresolutionen zurückzuziehen in der Meinung, daß alle diese Fragen noch besonders untersucht werden sollen von einer einzusetzenden Kommission.

Präsident *Branting* stellt fest; daß alle *Sonderresolutionen* zu der Resolution der Kommission *zurückgezogen* sind. In der Abstimmung wird hierauf die territoriale Resolution, die die allgemeinen Grundsätze enthält, einstimmig angenommen.

Der an der Konferenz in Bern ernannten Kommission, welche die Ausführungen der Beschlüsse zu überwachen und die Vorbereitungen für den nächsten Kongress zu treffen hat, gehören provisorisch in Erwartung der offizieilen Ernennungen durch die Parteien der verschiedenen Länder u. a. an: *Kossowski* und *Kurski* (Polen) und *Chasanowitsch* und *Locker* (Palästina).

Betreffs der Pogrome in Polen nahm die Kommission folgende Tagesordnung an: „Die Konferenz *protestiert energisch* gegen die *Pogrome,* die in letzter Zeit in Polen, Galizien, in der Ukraine, in Rumänien und andern Ländern stattgefunden haben. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der sozialistischen Parteien aller Länder auf die Notwendigkeit, als eine ihrer Hauptaufgaben die Stärkung der *Propaganda gegen den Antisemitismus* und gegen die daraus entstehenden *Gewalttätigkeiten* zu betrachten."

Jsrael Cohen über die Lage in Polen.

Mr. Jsrael *Cohen* aus London, der mit Vollmachten der englischen Regierung versehen, in Polen und Galizien Material wegen der Pogrome sammelte, informierte auf seiner Rückreise in Wien einen Mitarbeiter der „Wiener Morgenzeitung" über die Ereignisse der letzten Wochen. Der Wahlkampf, berichtet Cohen, ist mit den gewalttätigsten Mitteln geführt worden und obwohl er noch am 31. Jan. auf polnischem Boden war, hat er über den Ausfall der Wahlen nichts zuverlässiges erfahren können. In Kielce wurde allen denjenigen das Wahlrecht entzogen, die sich weigerten, in einer feierlichen schriftlichen Erklärung ihre Zugehörigkeit zur polnischen Nation zu dokumentieren. Auf diese Weise wurden die Juden in Kielce fast ausnahmslos von der Wahl ferngehalten. Die Agitation aller nationalistischen Parteien bediente sich einer sehr einfachen Methode, um wirksam gegen den Sozialismus zu kämpfen: sie identifizierte den Sozialismus mit dem Judentum und dem Bolschewismus. Infolge des im polnischen Volke fest eingewurzelten Judenhasses stimmten deshalb viele freiheitlich gesinnte Polen für die reaktionäre Liste.

Obwohl die Juden 13 (lt. manchen Berichten 15) Mandate errungen haben, ist es fraglich, ob die jüdischen Vertreter durch ihre Tätigkeit im polnischen Landtag einen Einfluss auf die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage der Juden auszuüben im Stande sein werden. Irgendwelche Anzeichen eines guten Willens zum Ausgleich und zur Versöhnung sind bei den Polen nicht zu bemerken. Er, Cohen, habe mit allen massgebenden Persönlichkeiten wie Paderewski, Pilsudski, Daszynski u.s.w. ausführlich die Judenfrage erörtert, jedoch von keinem der Genannten ist eine Einflussnahme in diesem Sinne zu erwarten. Paderewski, dem er 8 Tage vor dem Regierungswechsel über die Chikanierungen und Ausplünderungen der Juden berichtete, zeigte lebhaftes Interesse hierfür und bat um Ueberlassung geeigneten Materials, um es gegen Pilsudski verwenden zu können. Als er selbst Ministerpräsident wurde, sprach er, Cohen, erneut bei ihm vor, erhielt aber nunmehr den Bescheid, dass die den Juden gegenüber angewandten Massnahmen zur Unterdrückung des Bolschewismus unvermeidlich seien. Pilsudski erklärte offen, dass die Polen keine Philosemiten seien.

Es wird notwendig sein, dass die Sicherung der nationalen Rechte der Juden in Polen bei der Friedenskonferenz festgelegt wird. Es wird auch notwendig sein, dafür zu sorgen, dass bei Feststellung der Kriegsschäden, für welche Polen eine Vergütung erhalten soll, auch ausdrücklich der Anteil der jüdischen Bevölkerung festgestellt wird. Auf die Frage Cohens, ob die Regierung geneigt sei, wenigstens die Pogromopfer zu entschädigen, gab Pilsudski zur Antwort: „Wer wird die Polen entschädigen?"

Alles in allem kann man der Entwicklung der Dinge in Polen nur mit der allergrössten Besorgnis entgegensehen. Wir müssen uns darauf gefasst machen, dass die Nachrichten aus Polen in den nächsten Wochen nichts weniger als beruhigend ausfallen werden. Die brutale Grenz- und Nachrichtensperre, welche die Regierung gegenwärtig verhängt hat, dürfte nur ein Sympton dafür bilden.

Die niederländischen Zionisten für den Weltkongress.

Das „Kopenhagener Zionistische Büro" veröffentlicht die folgenden Beschlüsse *des 19. Delegiertentages der niederländischen Zionisten:*

In anbetracht dessen, dass — unbeschadet der Unterhandlungsfreiheit der zionistischen Organisation — Diasporafragen, sowohl das Problem der bürgerlichen Gleichstellung und der nationalen Autonomie in den Golusländern, als der Wiederaufbau der jüdischen Positionen in den kriegführenden Ländern, nur durch einen jüdischen Weltkongress gelöst werden können, dass die

Schöpfung einer Repräsentanz aller nationalen Juden der Welt den Ausschluss aller assimilatorischen Kreise von der Teilnahme am Friedenskongress zur Folge haben wird, die Aufgabe, vor welche wir in Palästina gestellt werden, die gemeinsame Entfaltung aller jüdischen Kräfte notwendig macht, dass die Abhaltung des jüdischen Kongresses in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika welcher drei Millionen Juden repräsentierte, und die Schaffung von jüd. Nationalräten in Russland, Deutsch-Oesterreich, Böhmen und Galizien die Einberufung eines jüdischen Weltkongresses ermöglicht und die Basis schafft, auf der ein Weltkongress stehen kann; appelliert der 19. Delegiertentag des Niederländischen Zionistenbundes dringend an alle nationalen Organisationen der Welt, die Vorbereitungen für einen solchen Kongress kräftig in die Hand zu nehmen.

Zur Friedenskonferenz.

London. „Daily Chronicle" meldel, dass die Friedenskonferenz zweifellos beschliessen wird, dass Palästina unter englischem Protektorat stehen soll. Die Grenzen bleiben die alten historischen mit gewissen Veränderungen, wirtschaftlicher Gründe wegen. Damaskus soll die Hauptstadt von Arabien werden.

— Wie „Jewish Chronicle" meldet, werden Louis *Marshall*, Richter Julian *Mack* und Jacob de *Haas* auf der Friedenskonferenz erscheinen, die sich mit der Lösung der Judenfrage befassen wird, um für die Palästinaforderungen einzutreten.

Die zionistischen Forderungen vom Friedenskongress angenommen.

Dem Jüdischen Pressbüro Wien wird soeben aus Stockholm gemeldet: Der Londoner Korrespondent erfährt aus zuverlässiger Quelle, dass die Friedenskonferenz bereits die Entscheidung über Palästina getroffen hat. Palästina wurde als besonderes Territorium und nicht als Teil Arabiens oder Syriens anerkannt. Das Land wird unter die Kontrolle des Völkerbundes und unter die Sachwalterschaft (trusteeship) einer Großmacht gestellt werden.

Syrien und Palästina.

— Die „Neue Zürcher Zeitung" vom 10. Februar berichtet aus Paris:

„Die panarabischen Ansprüche des Emir Feysal und des Obersten Lawrence, welche das Hedschas vertreten, werden in der französischen Presse scharf kritisiert und als Utopien betrachtet. England und Frankreich hatten durch den Vertrag von 1916 Syrien in Einflusszonen geteilt, wobei Palästina nicht miteinbezogen wurde, da es internationalisiert werden sollte. Die Gründe, welche Frankreich bewogen, die Revision dieses Vertrages zu verlangen, haben wir unlängst auseinandergelegt. Die Syrer haben sich gegen eine Teilung des Landes ausgesprochen und haben eine Föderalisierung unter dem Protektorat Frankreichs, mit dem sie seit Jahrhunderten befreundet waren, gewünscht. Heute verlangt das arabische Kalifat die Alleinherrschaft über Syrien, in dem es ein fiktives Reich gründen will, das von Mekka bis Damaskus reichen würde. In Anbetracht seiner unzulänglichen Finanzverhältnisse würde ein solcher Staat zu neuen Händeln zwischen den europäischen Staaten führen. Zudem hat sich die Konferenz bereits zu Gunsten eines französischen Mandats über Syrien und eines englischen über Mesopotamien ausgesprochen."

— Dem „Manchester Guardian" vom 1. Februar, der einen Artikel des „Near East" über die beabsichtigte Dreiteilung Palästinas abdruckt, entnehmen wir folgende Schlussätze: „Dieses Dokument offenbart einige neue, nicht unwichtige Tatsachen. Es ist die englische Armee, welche Palästina und Syrien eroberte und welche diese Länder besetzt hält. Es ist noch ein kleines französisches und italienisches Kontingent dort. Ganz Palästina und Syrien steht unter der Kontrolle des Generals Allenby, aber diese Länder sind in drei administrative Gebiete geteilt, in ein englisches, ein französisches und ein arabisches. Die Erklärung für diese kuriose Tatsache ist sichtbar auf geheime Verträge zurückzuführen. Der Bericht gibt die Grenzen der englischen Fläche an, aber nicht diejenigen der französischen und arabischen. Die englische Fläche ist im Süden von einer Linie in der Nähe von Rafa bis zum Toten Meer begrenzt, im Westen vom Mittelmeer, im Norden von einer Linie von der Küste, 12 Meilen oberhalb Acre bis zum Jordan, einige Meilen oberhalb des Huleh Sees, im Osten von einer Linie, welche der östlichen Seite des Huleh Sees entlang geht, dann der östlichen Seite des Tiberias Sees und dem Jordantale bis zum südlichen Ende des Toten Meeres. Dies heisst also, dass ein Teil von Galiläa unter französischer Herrschaft und ganz Transjordanien unter arabischer Herrschaft steht. Dies ist eine wirkliche Teilung Palästinas, eine *dreifache Teilung*, so wie sie der kontinentale Militarismus im 18. Jahrhundert mit Polen ausführte. Sollte dieses Arrangement sich verwirklichen, was wir jedoch kaum annehmen, so würde es das Versprechen, Palästina werde „das Heim des jüdischen Volkes" werden, zunichte machen und würde den Millionen Juden in allen Ländern der Welt die bitterste Enttäuschung bereiten."

Die Universität in Jerusalem.

— „Manchester Guardian" vom 1. Januar 1919 schreibt über die hebräische Universität in Jerusalem u. a.: „Die Errichtung einer hebräischen Universität in Jerusalem ist ein natürliches Mittel, um Juden aus aller Welt zusammen zu bringen, vor allem aus solchen Ländern, wo ihnen die Hochschulen verschlossen sind. Es ist bereits ein Gebäude für die Universität von Isaak Goldberg aus Wilna im Auftrage einer Reihe Geldgeber gekauft worden. In der neuen Universität soll das Hebräische die Umgangssprache werden. Die Bestimmung des Hebräischen als Umgangssprache beruht nicht ausschliesslich auf Gefühlsgründen. Die jüdischen Kolonisten redeten schon ein Dutzend verschiedener Sprachen, z. B. Yiddisch, Spaniolisch, Arabisch, Russisch, Französisch, Englisch, Bulgarisch, einen afghanischen Dialekt, Griechisch, Polnisch, Rumänisch. Eine gemeinsame Sprache wurde zur unbedingten Notwendigkeit.

Die Universität soll fördern: die wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse, die zur Erreichung des Erfolges des jüdischen Kolonisationswerkes in Palästina erforderlich sind. Die Zukunft Palästinas braucht Aerzte, Architekten usw. und die hebräische Universität soll sie ausbilden. (Wegen Raummangel bisher zurückgestellt.)

Die Palästina-Pioniere in Italien aufgehalten.

Bekanntlich begaben sich mehrere Gruppen jüdischer Pioniere aus Polen, unter dem Druck der Verhältnisse in ihrer Heimat, nach Triest und Fiume, um sich von hier nach Palästina einzuschiffen. Nach vielen Bemühungen der zionistischen Organisationen dieser beiden Städte gelang es endlich, namentlich durch Vermittlung des amerikanischen Gg. Oberleutnants *David Rubin* in Fiume und des Gg. *Dlugacs* in Triest die Bewilligung seitens der italienischen Behörden zur Fortsetzung der Reise durch Italien zu erhalten. Trotzdem sich infolge Intervention des Cav. *Milano* der englische Botschafter sowie mehrere italienische Minister um die Bewilligung der Londoner Regierung zur Weiterfahrt bemühten, konnte bisher diese Einwilligung nicht erwirkt werden. Die zionistische Organisation in Rom ersuchte nun die Zentralorganisation in London um ihre Vermittlung. Das Ergebnis ist noch ausständig. Jedenfalls zeigte die italienische Regierung das weitgehendste Entgegenkommen, indem sie nunmehr den jungjüdischen Pionieren dieselben Begünstigungen einräumte wie italienischen Flüchtlingen. Es ist dies für unsere jungen Pioniere von umso grösserer Bedeutung, weil den meisten, die bereits drei Monate auf der Reise sind, die Mittel ausgingen. Sämtliche Pioniere befinden sich wohl und getreu dem von ihnen geleisteten Gelübde, stets munter und guter Dinge. Es befanden sich anfangs Februar in Rom 59, in Neapel 45, in Cassino bei Neapel 15 und in Mailand 20 Pioniere. (J.K.Z.)

— Eine Gruppe von 62 Palästinafahrern, welche in Triest durch 2 Monate festgehalten wurde, ist in ihrem Bestreben, sich irgendwie einen Ausweg nach Erez Jisroel zu schaffen, einem Betrüger zum Opfer gefallen. Derselbe gab sich als Kapitän eines Lloyddampfers aus und nahm die Gruppe unter der Vorspiegelung, er werde sie ehestens nach Palästina bringen, an Reisegeldern nicht weniger als 16,000 Kronen ab. Der Betrüger, namens Hoffmann wurde später verhaftet. So kam es, dass die Gruppe, aller Barmittel entblösst, die Hilfe der Triester Zionisten in sehr erheblichem Mass in Anspruch nehmen musste, ohne dass die Emigranten ihr Ziel — Palästina — erreicht hätten. (Wiener Morgenzeitung.)

Masaryk und Klofac über den Zionismus.

Der Korrespondent des „Amsterdamer Telegraaf", J. Landau, interviewte in Prag führende Persönlichkeiten des tschecho-slovakischen Staates. Ueber die Judenfrage äusserte sich Präsident *Masaryk*: „Mir ist Zionismus und nationales Judentum durchaus sympatisch, schon weil ich darin ein moralisches Regenerationsproblem sehe. Was die Juden in unserem Staate betrifft, so gibt es neben den Zionisten sogenannte Assimilanten. Es handelt sich da um zwei Programme: einerseits, wenn ein Mensch mir sagt, er sei ein Deutscher, so habe ich das zu akzeptieren. Wenn er erklärt ein Jude zu sein, so habe ich auch das zu akzeptieren. Das folgert sich schon aus dem Selbstbestimmungsrecht, das auch für die Juden seine Anwendung erhalten muss. Jeder Jude steht vor diesen zwei Fragen: Zionismus links, Assimilation rechts. Man könnte auch sagen: radikal oder konservativ. — nationale Renaissance oder Beharren in den gegenwärtigen Zuständen." Auf die Frage Landau's, ob die Vertreter der tschecho-slovakischen Republik auf der Friedenskonferenz für ein jüdisches Palästina eintreten werden, erklärte Masaryk: *„Das ist selbstverständlich.* Sie werden diese Forderung ebenso gut wie andere Forderungen der Entente unterstützen."

Minister *Klofac* erklärte: „Ich habe bereits öffentlich meine Sympathie für den Zionismus zum Ausdruck gebracht und wurde deshalb von der klerikalen Presse angegriffen. Die Juden in unserem Lande stehen auf einem sehr hohen Niveau. Ich bin überzeugt, dass die Juden uns in unserer Arbeit für den Aufbau des Staates unterstützen werden. Wir stehen vor sehr schweren Arbeiten und haben ihre *Mitwirkung nötig*. Was die jüdische Schule anbelangt, so stehen wir auf dem Standpunkt, dass die Schulen verstaatlicht werden müssen. Jede Nation und Konfession wird dann auch die Möglichkeit erhalten, Schulen in der Weise einzurichten, wie sie sie für am wünschenswertesten erachtet."

General Berthelot über die nationalen Rechte der Juden.

Der Jüdische Nationalrat von Siebenbürgen hat an General *Berthelot* während seines Aufenthaltes in Nagyszebben eine Deputation entsendet. Dr. M. *Grün*, der ehemalige palästinensische Spitalkommandant begrüsste den General und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die französische Regierung auch für die Rechte der jüdischen Nation eintreten werde. Der General erklärte in seiner Antwort, dass die Alliierten *auch das wiedererstandene jüdische Volk in den Besitz seiner nationalen Rechte bringen werden.* (Zsidó Szemle.)

Die Wahlen in Polen.

Nach zuverlässigen Meldungen sind gewählt: Krakau: Dr. Thon (Zionist), Warschau: Adv. Grünbaum (Zionist), Prilutzki und Hirschbaum (Volkspartei), Lodz: Dr. Rosenbaum (Zionist), M. A. Halpern (Orthodox), Cholm: Dr. Rosenfeld (Poale-Zionist), Sosnowice: Dr. Weinzieher (jüdischer Nationalrat), Lublin: Rabbiner Perlmutter (Orthodox), Tarnow: Dr. Schipper (Poale Zionist), Radom: N. Schwalbe (Zionist).

Hamejaschwim.

In Ergänzung meiner Veröffentlichungen über das Mejaschwim-Projekt, will ich noch bemerken, dass das Projekt hauptsächlich und vorzüglich für die Weltkonferenz der Gesetzestreuen, welche dieser Tage in Zürich zusammentritt, zur Begutachtung und Beurteilung be-

stimmt ist, und wenn es dennoch schon jetzt zur Veröffentlichung gelangte, so geschah dies nur deshalb, damit auch die in Betracht kommende weitere Oeffentlichkeit, Gelegenheit finde, es je früher kennen zu lernen. M. D. Gross.

Mazzes für Wien.

Die „Jüdische Presszentrale Zürich“ wurde von verschiedenen Stellen aus Wien mit der dringenden Bitte angegangen, bei den Regierungen der Entente für die Mazzesversorgung der Wiener Judenheit für die Pessach-Feiertage zu intervenieren. Die „J.P.Z.“ wandte sich daraufhin telegrafisch an verschiedene in Betracht kommende Stellen in Paris und erhielt vom Consistoire Central des Israelites de France einen vom 3. Februar datierten und vom Grossrabbiner Dr. Lévi unterfertigten Brief, wonach das *Verproviantierungsministerium in Paris die Sache in die Hand genommen habe* und dass der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ weitere Bescheide noch zugehen werden.

Chronik.

Polen.

Warschau. Die Poale Zion haben einen Parteitag in Warschau abgehalten. Der Radikalismus hat zugenommen. Die Konferenz sprach sich für Gründung und Befestigung der Arbeiterräte als Kampf- und Machtmittel aus. In dem Bericht wurde mitgeteilt, dass während der Okkupation 100 Parteimitglieder mit 83 Monaten Gefängnis bestraft wurden. Die Geldstrafen betrugen 10,000 Mark, 20 Arbeiterheime wurden aufgelöst. Trotzdem habe die Partei in Polen 150 Organisationen mit 12,000 Parteimitgliedern und einem Budget von 100,000 Mark. Die Konferenz sprach ihre Unabhängigkeit von der russischen Parteiorganisation und ihre Vereinigung mit der *west*galizischen aus.

— Der polnische Minister des Innern Wojciechowski hat alle Volkskommissionen in einem Zirkular aufgefordert, Excesse und Gewalttaten gegen die Juden zu bekämpfen. (Morgenpost.)

Warschau. Das Organ des Bundes in Polen, die Warschauer Tageszeitung, „Lebensfragen“, wurde von den polnischen Behörden verboten und einer der Redakteure verhaftet.

— Dr. Kaminka (Wiener Vertreter der Alliance) ist auf der Bahnstation von Radom ausgeplündert worden. Man hat ihm 11,200 Kr. und verschiedene Wertsachen weggenommen.

Galizien.

— Unsere holländische Korrespondentin C. van L. schreibt: Das Amsterdamer „Allgemeen Handelsblad“ hat einen besonderen Berichterstatter nach Polen entsandt, der nun im „Handelsblad“ in einer Serie von Artikeln seine Eindrücke wiedergibt. Er schreibt u. a.: Von 3620 Anklagen wurden in 2715 Fällen die Täter entdeckt. Man kann sie folgendermassen klassifizieren: Soldaten ohne Offiziere 1918 Fälle, *Soldaten unter Kommando von Offizieren 494 Fälle*, Offiziere allein 6 Fälle, Soldaten und Bürger 391 Fälle, Bürger allein 6 Fälle. In 98 Fällen sind Frauen und zwar in *14 Fällen Rotkreuz-Schwestern mitschuldig,* und so geht diese Aufzählung der Mörder, Greueltaten usw. fort.

Auszugsweise Uebersetzung eines Urteils des Bezirksgerichtes Zmigrod.

(Z. C. III 181 6. 18.) Begründung: Der am 4. Nov. 1918 in Zmigrod erfolgte Judenpogrom kann nicht als Zufall (§ 1311 a. b. G. B.) aufgefasst werden, da er sich als Folge menschlicher Handlung und menschlicher Unterlassung darstellt; einerseits hat eine unberechenbare, verwilderte Menschenmenge beschlossen, die Bürger jüdischer Nationalität zu vernichten, welchen Beschluss sie auch verwirklichte, — es hat hier also bewusstes Handeln von Menschen stattgefunden — andererseits liegt eine Unterlassung der Organe der öffentlichen Sicherheit vor, welche das Handeln der verwilderten Menge nicht verhinderten. Es folgt daraus, dass die durch das Handeln der verwilderten Menge und die Unterlassung der Sicherheitsorgane hervorgerufenen Wirkungen keinesfalls durch einen Zufall, sondern nur durch menschliche Handlungen verursacht wurden.... Bezirksgericht in Zmigrod. Abteilung III, am 18. Dez. 1918, Mieczyslaw Gryblewski m. p. Für die Richtigkeit der Ausfertigung, der Kanzleileiter: Tymkiewicz m. p. (Jüdische Zeitung, Wien.)

Ukraine.

Kiew. Das Direktorium hat für die Pogromopfer in Jekaterinoslaw ausser den bereits angewiesenen 2 Mill. noch weitere 5 Mill. Karbowance bestimmt, die telegrafisch nach Jekaterinoslaw überwiesen werden.

— Die Kiewer „Neue Zeit“ veröffentlicht eine Liste der Pogromopfer. Danach sind in Obrutsch 49 Personen ermordet worden, in Pomatowitzi 10.

— In *Tarnopol* ist eine von der Kiewer Regierung entsandte Kommission eingetroffen, welche die Vorbereitungen für die Gründuug einer grossen Schuhfabrik für Heereszwecke zu schaffen hat.

Tschecho-slovakischer Staat.

— Der tschecho-slovakische Minister Dr. Srobar gab einer bei ihm in Vertretung der Juden in Neutra, Galgócz und Pistyan erschienenen Abordnung folgende Erklärung: „Die im slovakischen Gebiete lebenden Juden würden gut daran tun, wenn sie in den einzelnen slovakischen Städten jüdische Nationalräte bilden und sich diesen anschliessen würden, da die Juden, die bisher die Exponenten des Magyarentums waren, sich nur auf Kosten ihrer politischen Zuverlässigkeit als Slovaken erklären könnten. Als Magyaren kann ich sie nicht anerkennen, wenn sie sich jedoch zur *jüdischen Nationalität* bekennen, wie in Böhmen und Mähren, sind wir *bereit,* ihnen alle *Minderheitsrechte* sowohl auf kulturellem wie auf sprachlichem Gebiet einzuräumen.“

— *Prag.* „Prawo Lidu" meldet aus Polim bei Klattau, dass gegen Pater Margold eine Beschwerde überreicht worden sei, weil derselbe angeblich in der Schule behauptet haben soll, die Minister Habermann und Klofac seien von den Juden bestochen, dass der tschechische Staat ganz verjudet sei und dass die Juden Masaryk in der Tasche hätten.

Klattau. Aus dem hiesigen tschechischen Gymnasium wurden 40 Schüler ausgeschlossen, weil sie sich an den Ausschreitungen und Plünderungen der jüdischen Geschäfte in Klattau beteiligt hatten.

— Als Delegierter des mähr.-schles.-zionist. Distriktskomitees in Märisch-Ostrau reiste Herr Leon Körner aus Neutitschein am 2. Februar zur zionistischen Jahreskonferenz nach London ab. (Selbstwehr.)

— Bei der soeben stattgefundenen Volkszählung in Brünn haben sich 5300 jüdische Einwohner, also mehr als die Hälfte der Bevölkerung, zur jüdischen Nationalität bekannt.

Jugoslavien.

— *Zagreb* (Agram). Der „Zibov" berichtet über eine Reise der Repräsentanten der südslavischen zionistischen Landesorganisation nach Belgrad zum Zwecke der einheitlichen Organisierung der südslavischen Judenschaft. Dr. Albala, Gehilfe im serbischen Ministerium des Aeussern, verwies auf einen Brief des Ministers *Vesnitsch,* worin dieser die Sympatien der serbischen Regierung mit den *Forderungen des jüdischen Volkes* zum Ausdruck gebracht hat. Präsident der Belgrader Gemeinde Azriel betonte die Notwendigkeit nationalkultureller Arbeit, während Dr. Schemaja de Majo betonte, dass jeder serbische Jude sich auch als solcher fühle. Die Reise der zionistischen Führer ist sehr erfolgreich verlaufen.

Rumänien.

— In Bukarest fand ein Demonstrationszug, an dem sich 15,000 Juden beteiligten, statt, um für die Errichtung eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina zu demonstrieren. Die Demonstration wurde durch militärische Eingriffe gestört.

— Laut Nachricht aus Bukarest ist die Lage der jüdischen Bevölkerung fürchterlich. In *Bukarest* und *Braila* fanden Plünderungen statt. Viele Juden wurden geschlagen und verhaftet. Die Hetze war nie so heftig und leidenschaftlich wie jetzt. (K. Z. B.)

— Bei einem Pogrom in *Wischniz* wurden zwei Juden getötet und mehrere verwundet. Drei jüdische Häuser sind niedergebrannt.

Siebenbürgen.

— Rumänische Gardisten und Pöbel, der sich ihnen angeschlossen, haben in vielen Dörfern geplündert. In *Zilah* wurde Demeter Krauss von denselben erschossen. Die Bewohuer von *Kiszebes* und der umliegenden Dörfer, die mit Geschützen und Maschinengewehren versehen sind, die sie von den deutschen Truppen gekauft haben, *terrorisierten* die ungarische, sowie die *jüdische* Bevölkerung und veranstalteten *grosse Plünderungen.* In *Csucsa* wurde u. a. Gerhard Simon (ein vornehmer Bewohner des Ortes) *angebunden,* seine Frau *nackt ausgezogen* und *gezwungen zu tanzen.* Diesem barbarischen Treiben machte erst die Ankunft regulärer Truppen ein Ende. (Pester Lloyd v. 1. Febr.)

— Die jüdische Gemeinde in *Hermannstadt* und 10 kleinere jüdische Gemeinden haben sich dem jüdischen Nationalrat in Klausenburg angeschlossen. In Hermannstadt arbeitet der jüdische Nationalrat, sowie der rumänische, sächsische und ungarische friedlich nebeneinander.

Ungarn.

Budapest. Durch die Entsendung jüdischer Delegierter in den Banater Volksrat ist zum ersten Male die Anerkennung der jüdischen Nationalität in Ungarn erfolgt. Dr. *Wermes,* der Präsident der Temesvarer israelitischen Kultusgemeinde, äusserte sich einem Vertreter des „Zsidó Szemle" gegenüber wie folgt: „Das hiesige Judentum identifizierte sich lange Zeit nicht mit den zionistischen Bestrebungen. Infolge der Einflüsse der letzten Zeit drängte sich die Notwendigkeit auf, dass sich auch das Judentum als Nation um seine nationalen Minoritätsrechte kümmere. Das wahrhaft demokratische Verhalten der Serben den Juden gegenüber lässt die Folgerung zu, dass im Banat das Judentum einheitlich vorgehen wird. Charakteristisch für die freundliche Neigung der Serben ist, dass bei einem Temesvarer zionistischen Meeting General Gyorgyevitsch und das gesamte serbische Offizierskorps erschienen ist.

— Der Lehrkörper des ungarischen Landes-Rabbinerseminars hat eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er das Judentum nur als Religion anerkennt und das Bestehen einer jüdischen Nationalität leugnet. Der Schluß des Bekenntnisses lautet: Die ungarische Judenheit bildet einen organischen Teil der ungarischen Nation, sie war es und bleibt es. Daraufhin sind alle zionistischen Hörer des Rabbinerseminars, welche in den oberen Klassen die Majorität bilden, aus dem Seminar ausgetreten.

— Der aus Grosswardein ausgegangenen Landesbewegung einer orthodoxen Jischuw Erez Jisroel Vereinigung haben sich alle grossen orthodoxen Gemeinden und Rabbiner sowie die orthodoxe Landeskanzlei angeschlossen. Gegenwärtig werden Vorbereitungen gemacht zu einer Kenessioh Gedauloh der Jischuw Erez Jisroel, die in Grosswardein abgehalten werden soll. (Grosswardein ist die zweitgrösste jüdische Stadt Ungarns und die Zentrale der modernen jüdischen Bewegung.)

— Der Vollzugsausschuss des Machsike Hadas Verbandes in Csorna hat beschlossen seine auf Jischuw Erez Jisroel gerichtete Aktion vorläufig einzustellen.

Budapest. Nach langer Unterbrechung, infolge der Revolution, wurde gestern Nacht in Budapest wieder eine Razzia auf Galizische- und Marmaroser-Juden veranstaltet, die — nach den polizeilichen Berichten — „von

grossem Erfolg gekrönt" war. Die armen „Verbrecher" wurden sämtlich ins Schubhaus gebracht.
(Allg. Jüd. Ztg. Budapest.)

Deutsch-Oesterreich.

Die jüdische Wahlbewegung in Wien.

Die jüdische Wahlbewegung im 2. und 20. Bezirk hat mit größtem Nachdruck eingesetzt. An der Spitze der jüdisch-nationalen Liste steht der Staatsbahnrat Ing. *Stricker*, Präsident des Jüdischen Nationalrates, als Gegenkanditat des bekannten Assimilanten Dr. *Ofner.*

— Das „Jüdische Korrespondenzbüro Zürich" verbreitet Meldungen der „Wiener Morgenzeitung", denen zufolge die Forderung der deutsch-österreichischen Studenten, die Wiener Universität von allen nichtdeutschen Elementen befreit zu sehen, bewilligt wurde. Mit dem 15. Februar sind die ausländischen Hörer nichtdeutscher Nationalität von den Wiener Hochschulen verwiesen. Mindestens 1200 Juden werden davon betroffen, aber auch sehr viele Tschechen und Slovenen.

— Die Delegation des jüdischen Nationalrates für Deutschösterreich, bestehend aus den Herren Dr. Isidor *Margulies*, Oberrabbiner Dr. *Chajes* und Dr. Isidor *Schalit*, begibt sich in den nächsten Tagen nach der Schweiz, um an der gemeinsamen Konferenz von Vertretern aller jüdischen Nationalräte teilzunehmen.
(J. P. W.)

— Am 2. Februar fand eine Vorstandssitzung der galizischen „Agudas Jisroel" in Wien statt, bei welcher als Delegierte zur Weltkonferenz der Orthodoxie in Zürich gewählt wurden: die Herren Thumim (Przemysl), Schreiber (Sereth), Steinberg (Rzeszow), Fränkl (Krakau), Fast (Tarnow) und M. Schmelkes. Ueber Wunsch des Czortkower Grossrabbiners wurde auch Salomon Schreiber (Pöstyén) ersucht, ein Delegierten-Mandat anzunehmen. Die Delegierten erhielten die Direktive dahin zu wirken, dass für die strenggläubigen Juden aus Galizien und der Bukowina in Wien für Passah Mazzott geliefert werden und zwar in natura. (Jüd. Korr. Wien.)

Wien. Laut amtlichen Mitteilungen werden Briefsendungen nach Ostgalizien, (Strecken: Stryj, Sambor-Stryj, Chodorów-Stryj und Stanislau-Stryj-Tarnopol) wieder befördert.

Deutschland.

Eine freie jüd. Volkshochschule in Berlin.

Die seit längerer Zeit geplante freie jüdische Volks-Hochschule wird Ende Februar eröffnet werden. Die Anstalt ist von Vertretern grosser jüdischer Organisationen aller religiösen und politischen Richtungen gegründet und hat den Zweck, in Vorlesungszyklen und seminaristischen Uebungen Wissen von Juden und Judentum in alle Kreise der gebildeten jüdischen Bevölkerung zu tragen. Für den Unterricht gilt vollständige Lehr- und Lernfreiheit.

Berlin. Prof. Ludwig *Geiger* ist am 9. Februar an einem Herzschlag gestorben.

In Breslau 1848 als Sohn des bekannten Vorkämpfers der Reform des Judentums, des Predigers Abraham Geiger geboren, gehörte Geiger zu den fruchtbarsten Literarhistorikern der Gegenwart, fand aber dabei noch Zeit, sich rege der Judenpolitik und dem jüd. Schrifttum zu widmen. Ausser den Schriften über seinen Vater erschienen von ihm auf jüdischem Gebiete „Das Studium der hebräischen Sprache in Deutschland" (1870), eine „Geschichte der Juden in Berlin" (1871), „Die deutsche Literatur und die Juden" (1908) u. a. m. Geheimrat Dr. Geiger, Prof. an der Berliner Universität, Herausgeber der „Allgemeinen Zeitung des Judentums" nahm eine führende Stelle in den Assimilantenkreisen Deutschlands ein.

England.

Petition der englischen Juden an die Friedenskonferenz.

London. Auf einem Meeting im Pavillontheater am 2. Febr. wurden Resolutionen zur Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina unter englischen Sachwalterschaft angenommen. Die folgende Petition an die verbündeten Regierungen und an den Präsidenten der Vereinigten Staaten wurde abgefasst: „Wir, die unterzeichneten erwachsenen Juden und Jüdinnen des Vereinigten Königreiches richten hierdurch an die Friedenskonferenz die Forderung, in bezug auf Palästina solche Bedingungen festzusetzen, dass sie dem jüdischen Volk volle Rechte gewähren und die Möglichkeit, Palästina als seine nationale Heimstätte wieder zu errichten." Die zionistische Organisation hofft die Unterschrift jedes erwachsenen Juden im Lande für diese Petition zu gewinnen. (J.K.Z.)

— Anfang März findet eine ausserordentliche Konferenz der Zionisten Englands statt. Angesichts der bedeutsamen Rolle, die der Zionismus im gegenwärtigen Augenblick zu spielen berufen ist, wird dieser Konferenz besondere Bedeutung beigemessen. (K. Z. B.)

Frankreich.

— Bei den mit der Friedenskonferenz in Verbindung stehenden zionistischen Beratungen in Paris, nehmen ausser Professor Weizmann und Sokolow die amerikanischen Delegierten Stephen Wise und Flexner und die englischen Zionisten Joseph Cowen und Jsrael Sieff teil.

Paris. In der arabischen Frage, die an der Friedenskonferenz behandelt wurde, herrscht, dem französischen Abkommen gemäss, zwischen England und Frankreich volle Uebereinstimmung. England erhält Arabien und fordert weiter Palästina, während Frankreich Syrien beansprucht. Dem König von Hedschas wird die Herrschaft über die heiligen Orte der Mohamedaner zugesprochen.
(Wiener Morgenzeitung.)

Lucien Wolf, der Vertreter des Auslandskomitees des Board of Deputies und der Anglo Jewish Association ist in Paris eingetroffen, wo er eine Konferenz der jüdischen Vertreter der alliierten Länder zu organisieren sucht.

Das Exekutivkomitee des Grand Order Israel in England fasste eine Resolution, um gegen die Machenschaften von Lucien Wolf und seiner politischen Freunde zu protestieren. (K. Z. B.)

Schweden.

— Das Büro des Jüdischen Sozialistischen Arbeiterverbandes Poale-Zion in Stockholm sandte an die angeschlossenen Landesorganisationen eine Einladung zu einer Weltkonferenz des Verbandes, die bei der ersten äusseren Möglichkeit abgehalten werden wird. Die Organisationen wurden aufgefordert, die Wahl der Delegierten unverzüglich vorzunehmen. Die Delegierten haben sich bereit zu halten, auf den ersten Ruf zu kommen. Ort und Zeit der Konferenz werden bestimmt werden, sobald die internationale Lage dies erlauben wird.

Amerika.

— Die Konferenz der amerikanischen Poale-Zionisten wählte in die Delegation zur Weltkonferenz des Verbandes Poale-Zion die Herren Dr. N. Syrkin, Dr. Ch. Schitlowski, B. Zuckermann, Budisch, H. Ehrenreich und David Pinski.

— Aus New York wird gemeldet, dass der jüdische Bankier Baruch zum Staatssekretär für Finanzen ernannt wurde.

Palästina.

Die brennende Frage ist jetzt in Palästina das Problem der Rückkehr der Flüchtlinge und ihre Einordnung in die verschiedenen Städte und Kolonien. In Jaffa und Tel-Awiw gibt es fast keine freien Wohnungen. Aus diesem Grunde können die Reisebegünstungen, die die Militärbehörde den Flüchtlingen in entgegenkommender Weise bietet, nicht ausgenutzt werden. Letztens haben sich einige Flüchtlinge nach Sidon begeben. Bekanntlich besteht in Sidon eine jüdische Gemeinde von etwa 100 Familien, die aber während des Krieges durch Verfolgungen und Armut ganz heruntergekommen sind. Die Hoffnung ist berechtigt, dass das jüdische Organisierungs- und Erziehungswerk sich recht bald auch in Sidon geltend machen wird und dass diese entfernten wichtigen Punkte der jüdischen Siedlung in hohem Masse erschlossen werden. Auf der Tagesordnung steht jetzt wiederum die Waisenfrage. Seitdem die Engländer im Lande sind, sind Bemühungen im Gange, die auf der Strasse herumlungernden, weinenden, bettelnden Waisenkinder einzusammeln und sie in Erziehungsanstalten unterzubringen. Die Forderungen der Militärbehörden einerseits und die ernstlichen Bemühungen der Juden andererseits haben die Lage radikal geändert. Seit längerer Zeit kennt man in Palästina nicht mehr die traurigen Szenen der in den Strassen liegenden weinenden Bettelkinder. Die Zahl der Waisen im Lande beträgt etwa 5000. Grösstenteils wurden neue Erziehungsanstalten errichtet, wo die Kinder verpflegt werden und eine hebräische Erziehung geniessen. Eine grosse Anzahl der Kinder sind in den Kolonieschulen untergebracht. Die Ackerbauschule in Mikweh-Israel hat 100 Waisenkinder aufgenommen. Auf dem Gebiete der Kinderversorgung haben der Waad Ha'ir und die Zionistische Palästinakommission grosse Verdienste.

Seit Mitte Dezember ist der telegraphische Verkehr in Palästina mit dem Auslande für die Zivilbevölkerung freigegeben. Besondere Telegraphenstationen wurden errichtet in Jerusalem, Jaffa, Haifa, Ramleh und Afule.

— Die Poale Zion gründen landwirtschaftliche und industrielle Genossenschaften in Jaffa und Jerusalem.

— Die englische Zeitschrift „Palestine" stellt folgende Betrachtung an:

Das Problem der Verfügung über das britische Heeresgut in Palästina beschäftigt jetzt die Verwaltungskörper. Die Palästinaarmee verfügt über einige Hunderttausend Pferde und Maulesel neben einer sicherlich beträchtlichen Anzahl von Kamelen. Da nicht alle diese Tiere nach Europa gebracht werden können, bemüht sich General Allenby durchzusetzen, dass sie an Ort und Stelle verkauft werden, was er als ausserordentlich nützlich für die Entwicklung des Landes ansieht. Sicherlich werden die Transporttiere für die Entwicklung des Landes von enormem Wert sein. Durch Palästinas Armut an Vieh war bisher die Landwirtschaft gelähmt und wird weiter viele Jahre gelähmt sein, wenn nicht dieses Manko so schnell wie möglich behoben wird.

Ferner hat die Armee ein ungeheures Lager von Apparaten angehäuft: Motorlories, Motorräder, Maschinen und alles, was eine auf dem Marsch befindliche Armee braucht. Auch für England wäre es höchst wahrscheinlich in jeder Hinsicht vorteilhafter, in Palästina zu verkaufen, was das Land braucht. In dieser Beziehung sollte sich das Kriegsamt mit der zionistischen Organisation in Verbindung setzen, und im Verein mit ihr darüber beraten, was das jüdische Palästina braucht. Sicherlich wird die zionistische Organisation das Kriegsamt in dieser Angelegenheit bereitwilligst unterstützen.

— Gegenwärtig ist es zum ersten Mal den Juden Jaffas gestattet, eine Grossfischerei im Mittelmeer einzurichten. Fachleute versprechen sich von diesem neuem jüdischen Wirtschaftszweig viel Erfolg.

Schweiz.

Die Weltkonferenz der religiösen Verbände.

Zürich. Es wird uns geschrieben: „Wie wir vernehmen, hat die Zentralleitung der „Agudas Jisroel" beschlossen, die Weltkonferenz der religiösen Verbände bei geschlossenen Türen abzuhalten. Wir bedauern im Gesamtinteresse des Judentums, das immer die demokratischen Prinzipien vertrat und befolgte, dass solche wichtige Verhandlungen, wie sie die Agudah zu führen hat, nicht der breiten Oeffentlichkeit zugänglich sind. Es könnte der Agudah nur nützlich sein. Spektator."

Auf unsere Anfrage wurde uns mitgeteilt, dass auch Nichtdelegierten der Zutritt zur Konferenz gegen Einlasskarten gestattet werden wird.

Wie wir hören, ist es einerseits Platzmangel, andererseits die Befürchtung von Störungen und Gegenkundgebungen, solche sollen sogar angekündigt worden sein, die die Konferenzleitung bewogen haben, den Eintritt nur gegen Karten zu gestatten. Wenn sich dieses vielleicht auch verstehen und entschuldigen lässt, so ist doch zumindest zu verlangen, dass ein Jeder, der Gewähr für ein würdiges, ruhiges Verhalten gibt, auf Wunsch eine Einlasskarte erhält, ohne Rücksicht auf seine Parteistellung. Falls nur Mitglieder der Agudas Jisroel Karten bekämen, wäre man wirklich versucht, die Weltkonferenz der Orthodoxie nur als eine interne Parteiberatung der Agudah anzusehen, was sicherlich weder den Intentionen der meisten Delegierten noch dem Ernste der Stunde entsprechen dürfte. Dann hätte „Spektator" tatsächlich Recht.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Die Mitteilungen der „J.P.Z." erscheinen unperiodisch — Druck von Kopp-Tanner, Zürich